



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/03332**
Datum: 03.11.2021
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Melanie Ranft
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.11.2021	öffentlich Entscheidung
Bildungsausschuss	04.01.2022	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	18.01.2022	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	20.01.2022	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	15.02.2022	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	16.02.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.02.2022	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer
Bildungskarte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und
Teilhabepaketes**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Bildungskarte für die Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu prüfen. Das Prüfergebnis, das auch eine Kostenkalkulation enthält, wird dem Stadtrat vorgelegt.

gez. Melanie Ranft
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Für die Koordination und insbesondere die Buchung und Abrechnung von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket könnte die Bildungskarte¹ das zentrale Instrument sein. Einerseits können registrierte Anbieter von Leistungen, z.B. Essenanbieter, Sportvereine, Träger, usw. ihre Leistungen unkompliziert über die Karte abrechnen. Aber auch Leistungsberechtigte können Überweisungen an Anbieter ausführen, weiterhin ist es ihnen jederzeit möglich, sich einen Überblick über ihren aktuellen Kontostand in den einzelnen Leistungsarten zu informieren. Durch die digitale Handhabung entfallen kleinteilige Abrechnungen in Papierform sowie die Ausstellung von Gutscheinen. Für Berechtigte vereinfacht sich das Verfahren der Inanspruchnahme von Leistungen. Ziel der Einführung einer Bildungskarte soll neben dem Abbau von Bürokratie auch eine höhere Quote der Inanspruchnahme von Leistungen sein. Weiterhin wird mit der Karte die Stigmatisierung von Leistungsberechtigten verringert, da eine unkomplizierte Bezahlung der Leistung per Karte möglich ist, statt des Ausfüllens von Anträgen vor Ort. Grundsätzlich ist jedoch auch zu prüfen, ob eine Realisierung vor dem Hintergrund der möglichen Einführung einer Kindergrundsicherung sinnvoll erscheint.

¹ <https://www.bildungs-karte.org/pages/public/public.php> und [Passgenau? Bessere Kinderteilhabe durch Pass-Systeme \(2019\)](#)



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

10.11.2021

Sitzung des Stadtrates am 24.11.2021

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Einführung einer Bildungskarte für die Inanspruchnahme von Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket

Vorlagen-Nummer: VII/2021/03332

TOP: 9.6

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Begründung:

Die Verwaltung erachtet eine Prüfung zur Einführung einer Bildungskarte als sinnvoll, macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Evaluation von Daten und eine daraus resultierende Kostenkalkulation Zeit in Anspruch nehmen wird. Zusätzliches Personal steht nicht zur Verfügung. Über den Zwischenstand der Prüfung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss im April 2022 informiert.

Katharina Brederlow
Beigeordnete